

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 19/2008
vom 07.11.2008

EUROPABERICHT NR.: 19/2008

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Die EU Kommission hat am 05.11.2009 ihr Arbeitsprogramm für das Europawahljahr 2009 vorgelegt. Thematische Schwerpunkte sind die Bewältigung der Finanzkrise und Maßnahmen gegen den Wirtschaftsabschwung. Eine weitere Priorität liegt auf den Arbeiten zur „Besseren Rechtsetzung“. Zudem möchte die Kommission den 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und den 5. Jahrestag der Osterweiterung von 2004 gebührend begehen (siehe auch die Beiträge der Fachressorts).

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

ERWEITERUNG: KOMMISSION SIEHT 2009 ALS ENTSCHEIDENDES JAHR FÜR DIE STAATEN DES WESTLICHEN BALKANS UND KRITISIERT MANGELNDE FORTSCHRITTE IN DER TÜRKEI

Die EU Kommission hat am 05.11.2008 ihr jährliches Strategiepapier zu den Fortschritten der westlichen Balkanländer und der Türkei im letzten Jahr vorgelegt und die noch zu bewältigenden Anforderungen genannt (s. zuletzt EB 19/2007). Für **Kroatien** hält die Kommission den Abschluss der technischen Verhandlungen bis Ende 2009 für möglich, sofern das Land alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt, und hat einen entsprechenden Fahrplan vorgeschlagen. **Serbien** könnte 2009 den Kandidatenstatus erlangen. Die anderen Staaten des westlichen Balkan könnten auf dem Weg zum EU-Beitritt 2009 schneller vorankommen, wenn sie die Bedingungen erfüllen. Die Kommission betonte zwar einerseits die geostrategische Bedeutung der **Türkei**, konstatierte aber gleichzeitig einen „Stillstand der Reformen“ im Jahr 2008.

http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_nov_2008_en.htm

MITTELMEERUNION: AUßENMINISTER ERZIELEN ERSTE ERGEBNISSE ZU ORGANISATIONSSTRUKTUREN UND ARBEITSPROGRAMM

Im Auftrag des EU-Mittelmeergipfels am 13.07.2008 (s. EB 14/2008) erzielten die Außenminister der 43 Teilnehmerstaaten am 03./04.11.2008 in Marseille erste Ergebnisse zum Aufbau der Organisationsstrukturen für die Mittelmeerunion und einigten sich auf ein Arbeitsprogramm für 2009. Die Arabische Liga wird offiziell aufgenommen. Sitz des Sekretariats wird Barcelona.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/103733.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMI

Unter den „Strategischen Initiativen“ wird die Mitteilung zu Zielen und Prioritäten für die künftige Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts genannt. Sie wird den Vorschlag für ein neues Mehrjahresprogramm für Justiz und Inneres enthalten, das an das Haager Programm 2004-2009 anknüpft.

Unter den „Prioritären Initiativen“ finden sich folgende innenpolitische Themen:

- Vorschlag für den Aufbau einer EU-Asylunterstützungsagentur
- Paket „Organisierte Kriminalität“
- Anti-Terrorismuspaket.

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 24.10.2008: INNENPOLITIK

1. Weitere Grundsatzdebatte zur Sammlung von Fluggastdaten (PNR)
2. Sorge über Verzögerungen bei der Entwicklung von SIS II
3. Ausbau der grenzüberschreitenden operativen Polizeikooperation
4. EUROPOL soll nationale Sammlungen zu Internetstraftaten vernetzen

KOMMISSION SCHLÄGT FREIWILLIGES WARN- UND INFORMATIONSNETZ FÜR KRITISCHE INFRASTRUKTUREN (CIWIN) VOR

Die Kommission hat eine Ratsentscheidung über ein Warn- und Informationsnetz für kritische Infrastrukturen vorgeschlagen. Sie will ein sicheres IT-System einrichten, das dem Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und als Schnellwarnsystem für kritische Infrastrukturen dient.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0676:FIN:DE:PDF>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1586&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONFERENZ DER INTEGRATIONSMINISTER IN VICHY

Bei einem Treffen am 03./04.11.2008 in Vichy haben die für Einwanderung zuständigen Minister der EU-Staaten Strategien vereinbart, um die Integration von Ausländern zu verbessern. Bundesinnenminister Schäuble betonte, Integration bleibe nationale Angelegenheit.

http://www.ue2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/de/resultats_troisieme_conference_ministerielle_europeenne_sur_l_integration

EUROPAAUSSCHUSS DES DEUTSCHEN LANDKREISTAGS INFORMIERT SICH IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG BRÜSSEL

Der Verfassungs- und Europaausschuss des Deutschen Landkreistags hat erstmals seine halbjährliche Sitzung in Brüssel abgehalten, um sich mit den europäischen Herausforderungen für die Kommunen zu beschäftigen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

JI-RAT AM 24.10.2008 IN LUXEMBURG

1. Politische Einigung über Unterhaltsverordnung
2. Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt förmlich angenommen
3. Rahmenbeschluss organisierte Kriminalität förmlich angenommen
4. Ausrichtung des Rates zum EU-Strafregisterinformationssystem (ECRIS)
5. Entschließung zur Weiterbildung von Richtern und Staatsanwälten sowie Justizbediensteten in der Europäischen Union

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMJV

Das Arbeitsprogramm für 2009 sieht u.a. eine Revision der EuGVO, die Überarbeitung strafrechtlicher Rechtsakte, eine Mitteilung zur gegenseitigen Anerkennung in Zivil- und Strafsachen sowie eine neue Initiative zu Mindestverfahrensrechten im Strafverfahren vor.

BÜRGERFORUM ZUR EU-WEITEN DURCHSETZUNG VON VERBRAUCHERRECHTEN AUF DEM ENERGIEMARKT

Am 28.10.2008 wurde in London das Bürgerforum „Energie“ eröffnet. Diese neue Plattform soll der Durchsetzung von Verbraucherrechten auf dem Energiemarkt dienen.

MEHR TRANSPARENZ BEI FLUGPREISEN

Am 1.11.2008 ist Verordnung Nr. 1008/08 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.9.2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (Neufassung, ABl. L 293 vom 31.10.2008) in Kraft getreten.

EUROPÄISCHER TAG DER ZIVILJUSTIZ

Mit einem Preis in Form einer Kristallwaage haben Kommission und Europarat anlässlich des 6. Europäischen Tags der Ziviljustiz das Justizministerium des Vereinigten Königreichs ausgezeichnet.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMF

Aus dem Bereich des StMF sind das Paket zur Bewältigung der Finanzmarktkrise sowie die Mitteilung zur Reform der Finanziellen Vorausschau zu erwähnen.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 4. NOVEMBER 2008

Der Ecofin-Rat vom 4. November 2008 befasste sich insbesondere mit einem Text der französischen Ratspräsidentschaft zur Vorbereitung der internationalen Initiativen zur Reaktion auf die Finanzmarktkrise, einen Notkredit für Ungarn, des Richtlinienvorschlags zu ermäßigten MwSt.-Sätzen und dem Stand der Verhandlungen über das Abkommen zur Betrugsbekämpfung mit Liechtenstein. Darüber hinaus einigte sich der Ecofin-Rat weitgehend auf den Vorschlag über das allgemeine Verbrauchsteuersystem.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ecofin/103804.pdf

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR FINANZMARKTKRISE

In einer Sondersitzung am 29. Oktober 2008 verabschiedete die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Aus der Finanzkrise in den Aufschwung: Ein Aktionsrahmen für Europa“. Diese umfasst einen dreigliedrigen Ansatz, der Grundlage für einen übergreifenden EU-Maßnahmenplan zur Krisenbewältigung ist. Damit möchte die Kommission zur aktuellen Diskussion in der EU und mit internationalen Partnern beitragen. Am 26. November wird sie einen detaillierten Rahmen zur Überwindung der Krise vorschlagen, der sich in die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung einfügt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st14/st14938.de08.pdf>

KOMMISSION BILLIGT DEUTSCHES RETTUNGSPAKET FÜR BANKENSEKTOR

Die Kommission genehmigte am 28. Oktober 2008 das Finanzmarktstabilisierungsgesetz.

HERBSTPROGNOSE 2008 – 2010

Wie aus der von der Kommission am 3. November 2008 veröffentlichten Herbstprognose hervorgeht, wird das Wirtschaftswachstum in der EU 2008 mit 1,4 % nur noch halb so stark ausfallen wie 2007 mit 2,9 %. 2009 wird es mit 0,2 % fast zum Stillstand kommen, bevor es 2010 schrittweise wieder auf 1,1 % ansteigt. Für das Eurogebiet werden 1,2 %, 0,1 % bzw. 0,9 % erwartet. Die Kommission hat damit die Prognosen um ca. 1 ½ %-punkte herabgesetzt. Großbritannien, Irland, Spanien, Estland und Lettland dürften in eine Rezession gleiten. Ursache dafür sind die Finanzkrise sowie die Immobilienkrise in mehreren Mitgliedstaaten zu einem Zeitpunkt rückläufiger Auslandsnachfrage, die durch die Finanzkrise noch verschärft wird. Allerdings sind diese Prognose durch erhebliche Unsicherheiten und Abwärtsrisiken belastet.

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article13288_en.htm

ERSTE LESUNG DES EU-HAUSHALTES 2009 IM EP

Das EP hat bei der ersten Lesung über den EU-Haushalt 2009 die vom Ecofin-Rat vorgeschlagenen Mittel deutlich erhöht. Nach Ansicht des EP sollen die Verpflichtungsermächtigungen (VE) 2009 136 Mrd. € oder 1,048 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU und die Zahlungsermächtigungen (ZE) 124,5 Mrd. € oder ca. 0,96 % des BNE betragen.

KOMMISSION NIMMT KONSOLIDIERTE FASSUNG DER IN DER EU GELTENDEN RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARDS AN

Die Kommission verabschiedete am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS).

[HTTP://EC.EUROPA.EU/INTERNAL_MARKET/ACCOUNTING/IAS_EN.HTM](http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/ias_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMWIVT

Als sog. „strategische Initiative“ will die Kommission Gesetzgebungsvorschläge zur Aufsicht über die Finanzmärkte (Ergebnisse der sog. Larosière-Gruppe) sowie ein Gesetzgebungspaket zur Regulierung aller Finanzakteure und Kapitalmarktinvestoren (einschließlich Hedge-Fonds und privatem Beteiligungskapital) vorlegen. Das Gesetzgebungspaket wird auch Regelungen zur Bezahlung von Führungskräften und die Märkte für Derivate umfassen.

Wie im Small-Business-Act angekündigt wird die Kommission als „prioritäre Initiative“ eine Änderung der Richtlinie über **Zahlungsverzögerungen** vorlegen, damit insbesondere kleine und mittlere Unternehmen innerhalb der festgelegten Zahlungsfrist von 30 Tagen ihr Geld erhalten.

Als weitere prioritäre Initiativen will die Kommission eine Mitteilung über die Finanzierung von kohlenstoffarmen Technologien sowie eine Mitteilung zur Zukunft des Verkehrsbereichs vorlegen.

GIPFELTREFFEN ZUR SITUATION IN DER AUTOMOBILBRANCHE IN BRÜSSEL

Auf Einladung von Vizepräsident *Verheugen* trafen sich die in der Expertengruppe CARS21 (Competitive Automotive Regulatory System for the 21st Century) vertretenen Interessengruppen angesichts der besorgniserregenden Situation im europäischen Automobilsektor am 29.10.2008 zu einem „Autogipfel“ und beschlossen Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie. Alle Teilnehmer waren nach Verlautbarung der Kommission der Ansicht, dass die europäische Automobilindustrie mit sauberen, sicheren und erschwinglichen Fahrzeugen die führende Rolle in der Welt muss, um so Arbeitsplätze zu sichern und die Herausforderungen durch den Klimawandel zu bewältigen. Es wurde unterstrichen, dass die Autohersteller in der EU auf internationalen Märkten faire Wettbewerbsbedingungen vorfinden müssen. Zur Förderung umweltfreundlicher Autos soll eine Task Force gebildet werden, in der alle maßgeblichen Interessengruppen gemeinsam technische, rechtliche und wirtschaftliche Hürden für solche Autos untersuchen und Vorschläge zur ihrer Lösung machen sollen.

<http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/pagesbackground/competitiveness/cars21.htm>

KOMMISSION SCHLÄGT STRATEGIE ZUR ROHSTOFFVERSORGUNG DER EU VOR

Vor dem Hintergrund der hohen Abhängigkeit europäischer Unternehmen von Rohstoffimporten und der zunehmend protektionistischen Politik ressourcenreicher Staaten hat die Europäische Kommission am 04.11.2008 eine Strategie vorgeschlagen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie zu sichern. Die Kommission schlägt hierzu u. a. vor, die Versorgung mit Rohstoffen ausdrücklich in alle Handelsabkommen mit aufzunehmen und diesen Aspekt künftig in der Entwicklungspolitik zu berücksichtigen. Staaten, die den ungehinderten Zugang zu ihren Rohstoffen verwehren, sollen vor die Welthandelsorganisation gebracht werden. Die Mitgliedstaaten sollen zudem die Forschung zur innovativen Gewinnung von Rohstoffen fördern, zum Recycling und zur Suche nach Ersatzstoffen. Ausgediente Produkte sollen nicht mehr illegal in Drittstaaten verbracht werden, sondern dem Recyclingprozess besser zugeführt werden.

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=1893&lang=de

KOMMISSION KÜNDIGT AKTIONSPLAN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KONJUNKTUR IN EUROPA AN

Die Europäische Kommission hat am 29.10.2008 eine Mitteilung mit dem Titel „Aus der Krise zum Aufschwung: Ein europäischer Aktionsrahmen“ verabschiedet. Darin kündigt sie für den 26.11.2008 einen Aktionsplan im Rahmen der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung an. Der Plan soll Vorschläge enthalten, die Arbeitslosigkeit zu dämpfen und die Verbraucher zu unterstützen. Siehe auch Beitrag im Zuständigkeitsbereich des StMF.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/COMM_20081029.pdf

KOMMISSION VERABSCHIEDET BERICHT ZUR STELLUNG DER EU IM WELTHANDEL

Die Europäische Kommission hat am 27.10.2008 einen Bericht über die Stärken des europäischen Handels in einer sich wandelnden Weltwirtschaft verabschiedet. Sie kommt darin zu dem Ergebnis, dass die EU in dem stark wettbewerbsintensiven Umfeld ihren Anteil am Weltmarkt weitgehend halten können. Die EU ist der weltweit größte Exporteur von Fertigerzeugnissen und dominiert die Märkte für hochwertige Produkte. Im Bericht wird allerdings auch unterstrichen, dass die EU sich auf Investitionen in die Hochtechnologiebranche konzentrieren und ihre Marktanteil an den rasch wachsenden Volkswirtschaften Asiens erhöhen muss.

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/october/tradoc_141196.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET RICHTLINIE ZU FLUGHAFENGEBÜHREN

Das Europäische Parlament hat am 23.10.2008 in zweiter Lesung die Richtlinie zu Flughafenengebühren verabschiedet. Flughafenbetreiber müssen künftig die Fluggesellschaften konsultieren, bevor sie die Gebühren für die Nutzung ihrer Infrastruktur festlegen und beide Parteien müssen sich auf bestimmte Dienstleistungen verständigen. Die Entgelte dürfen nicht diskriminierend sein. Da der Text vorher mit den Mitgliedstaaten abgestimmt wurde, ist die Richtlinie de facto beschlossen. Der Ministerrat muss formal noch zustimmen. Danach haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit für die Umsetzung in nationales Recht. Siehe auch EB 17/2008, Punkt VI sowie EB 08/2008, Punkt III.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE AGRARRAT AM 27./28. OKTOBER 2008 IN LUXEMBURG

Der französische Ratsvorsitz berichtete den Agrarministern über die Fortschritte zu den Verhandlungen zum GAP-Gesundheitscheck. Kompromisse müssen noch insbesondere im Milchbereich, der Modulation, Artikel 68 und der Marktinstrumente gefunden werden. Daneben fanden trilaterale Gespräche zwischen den Mitgliedstaaten, dem Rat und der Kommission statt. Weitere Aussprachen gab es zum Schulobstprogramm, zum Grünbuch zur Qualität von Agrarerzeugnissen, zum Inverkehrbringen von illegal eingeschlagenem Holz und zur Blauzungenkrankheit.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/103638.pdf

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Die Europäische Kommission hat am 5.11.2008 ihr Arbeitsprogramm für 2009 beschlossen. Das Arbeitsprogramm 2009 enthält 12 strategische (inkl. Haushaltsüberprüfung) und 37 vorrangige Initiativen, 33 Vereinfachungsvorschläge und 20 Vorschläge, bereits anhängige Vorschläge zurückzuziehen. Im Bereich der Agrarpolitik werden die Implementierung und Umsetzung der Ergebnisse des GAP-Gesundheitschecks und der Legislativvorschlag zur Qualitätspolitik von Agrarprodukten eine große Rolle spielen. Die Kommission kündigte zudem die Aufhebung obsoleter Vorschriften im Agrarbereich an.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2009_en.pdf

VERHANDLUNGEN DER EU UND SCHWEIZ ZUR VOLLSTÄNDIGEN LIBERALISIERUNG DES HANDELS IM AGRAR- UND ERNÄHRUNGSSEKTOR

Die EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mariann Fischer Boel, und die Schweizer Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, haben am 05. November 2008 mit den Verhandlungen zur vollständigen Liberalisierung des Agrarhandels zwischen der EU und der Schweiz begonnen. Gegenstand der Gespräche sind die Abschaffung der gegenseitigen Zölle sowie Verhandlungen zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1625&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

„DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFT UND IHRE ROLLE AUF INTERNATIONALER EBENE“ - TREFFEN DER AUSSCHÜSSE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DER NATIONALEN PARLAMENTE

Am 3. und 4. November 2008 tagten in Brüssel auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Parlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering und der französischen Ratspräsidentschaft der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung mit Vertretern der nationalen Parlamente zur „Bilanz des GAP-Gesundheitschecks und Perspektiven nach 2013“ und zur „Rolle der europäischen Landwirtschaft im Hinblick auf die weltweite Ernährungssicherheit“. Dabei wurde deutlich, dass der vergangene Anstieg der Nahrungsmittelpreise und der Kampf gegen den Klimawandel die Landwirtschaft und somit die Agrarpolitik wieder an eine der obersten Stellen der politischen Agenda stellt.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-41245-308-11-45-904-20081103IPR41243-03-11-2008-2008-false/default_de.htm

NEUE DATENBANK DER GESCHÜTZTEN QUALITÄTSBEZEICHNUNGEN

Seit Oktober existiert eine neue Datenbank der geschützten Qualitätsbezeichnungen für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel. Mit der Ursprungs- und Registrierungsdatenbank (DOOR) erhalten Forscher, Produzenten, Journalisten und interessierte Bürger Informationen zu den als geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.), als geschützte geographische Angabe (g.g.A.) oder als garantiert traditionelle Spezialität (g.t.S.) registrierten Bezeichnungen.

<http://ec.europa.eu/agriculture/quality/door/browse.html?display>

ABSCHAFFUNG DER MARKETINGSTANDARDS BEI EINIGEN OBST- UND GEMÜSESORTEN

Die Kommission nahm in Form einer Pressemitteilung Stellung zur Abschaffung der Marketingstandards bei einigen Obst- und Gemüsesorten. Anlass hierfür war die Kampagne eines großen britischen Einzelhändlers gegen die so wörtlich „meschugge“ Obst- und Gemüseregulierung der EU. Die Kommission betont in der Pressemitteilung, dass sie bereits entsprechende Schritte unternommen habe, um Marketingstandards bei einigen Obst- und Gemüsesorten abzuschaffen.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/315.htm>

ZUSÄTZLICHE FINANZMITTEL ZUR EU-WEITEN BEKÄMPFUNG DER BLAUZUNGENKRANKHEIT

Die Europäische Kommission hat am 29.10.2008 angekündigt, den Mitgliedstaaten für das Jahr 2009 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von ca. 100 Mio. Euro zur Bekämpfung der Blauzungenkrankheit zur Verfügung stellen zu wollen. Damit würden die für 2009 bereits eingeplanten Mittel von 62 Mio. Euro aufgestockt. Im Jahr 2008 hat die EU insgesamt 136 Mio. Euro ihrer Haushaltsmittel für die Bekämpfung der Tierseuche bereitgestellt (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/controlmeasures/bluetongue_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMAS

Im Bereich Arbeit und Soziales kündigt die Europäische Kommission in ihrem am 05.11.2008 vorgestellten Arbeitsprogramm für 2009 an, die Sozialagenda voranzutreiben und die bereits vorgelegten Vorschläge zu Antidiskriminierung, Europäischen Betriebsräten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Rat und Parlament voranbringen zu wollen. Als prioritäre Initiative soll zudem eine Mitteilung über den sektoralen sozialen Dialog verfolgt werden. Außerdem soll die Jugendstrategie erneuert werden, um Problemen wie der unverhältnismäßig hohen Arbeitslosigkeit und dem frühzeitigen Abbruch der Schullaufbahn zu begegnen. Ein Grünbuch zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Jugendlichen ist als vorrangige Initiative vorgesehen. Zur Frage, inwieweit die EU auf den demographischen Wandel vorbereitet ist, soll auf dem Europäischen Rat im Frühjahr eine Einschätzung vorgestellt werden. Des Weiteren wird

die Etablierung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik eine Priorität bleiben. Die Vervollständigung des "Gemeinsamen Europäischen Asylsystems" soll für das Jahr 2010 vorbereitet werden, einschließlich der Schaffung eines europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen durch einen Verordnungsvorschlag.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

AUSSCHUSS FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALES DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FÜR ÄNDERUNGEN AM GEMEINSAMEN STANDPUNKT ZUR ARBEITSZEITRICHTLINIE

Der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments hat sich in einer Abstimmung am 05.11.2008 für Änderungen am Gemeinsamen Standpunkt des Rates zur Arbeitszeitrichtlinie ausgesprochen. Die Höchstarbeitszeit in der EU soll nach dem mit 35:13:2 Stimmen angenommenen Bericht des Abgeordneten Cercas (PSE, ES) 48 Stunden pro Woche betragen. Eine im gemeinsamen Standpunkt vorgesehene opt-out Möglichkeit, die es Mitgliedstaaten erlaubt, von dieser Zeit nach oben abzuweichen, soll 3 Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie entfallen. Bereitschaftszeit, einschließlich der inaktiven Zeit, soll entgegen dem Gemeinsamen Standpunkt als Arbeitszeit gelten. Bei der Berechnung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit sollen inaktive Zeiten allerdings besonders gewichtet werden können. Das Plenum wird am 02.12.2008 über den Bericht abstimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/048-41251-308-11-45-908-20081103IPR41250-03-11-2008-2008-false/default_de.htmüberschrift

KONFERENZ DER INTEGRATIONSMINISTER IN VICHY

Auf einem Treffen vom 03. bis 04.11.2008 in Vichy haben die für Einwanderung zuständigen Minister der EU sich auf Strategien verständigt, um die Integration von Ausländern in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese sind allerdings nicht verbindlich, Integration bleibt Sache der Mitgliedstaaten. Der „Werkzeugkasten“ bezieht sich auf 3 prioritäre Ansatzpunkte: das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes, die Kenntnis der Werte der europäischen Gesellschaft und der Zugang zur Arbeit. Endgültig soll über die Strategien bei einem Treffen der Justiz- und Innenminister Ende November entschieden werden (siehe hierzu auch Artikel des StMI in diesem EB).

http://www.ue2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/de/resultats_troisieme_conference_ministerielle_europeenne_sur_l_integration

BERICHT ÜBER PRIVATE ALTERSVERSORGUNG DER EU-KOMMISSION

Die EU-Kommission hat am 20.10.2008 eine vom Ausschuss für Sozialschutz verfasste Studie zur privaten Altersversorgung vorgestellt. Wie aus dem Bericht hervorgeht, bestehen bei der Altersvorsorge große Unterschiede zwischen den EU-Staaten. So variiert die Zugehörigkeit zu gesetzlichen Rentensystemen zwischen 25 % in Italien und 100 % in Schweden. Deutschland liegt im Mittelfeld. Freiwillige Rentensysteme spielen zwar insgesamt noch keine große Rolle, der Trend zu immer mehr privat finanzierter Altersversorgung werde aber bestätigt. EU-Sozialkommissar Dr. Vladimír Špidla plädierte dafür, allen Bürgern einen Zugang zur privaten Altersversorgung zu gewährleisten und betonte, dass privat finanzierte Systeme eine wichtige Rolle bei der zukünftigen Sicherung von Ruhestandseinkommen spielen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1551&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. EUROPÄISCHE JUGENDWOCHE VOM 2. BIS 6. NOVEMBER 2008

Vom 02. bis 06.11. 2008 fand in Brüssel die Hauptveranstaltung der 4. Europäischen Jugendwoche statt. Bei der von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament organisierten Zusammenkunft diskutierten 200 nationale Delegierte die Ausrichtung der EU-Jugendpolitik nach 2009. Die Ergebnisse sollen von der Europäischen Kommission bei der Vorbereitung ihres Vorschlags für neue Rahmenbedingungen für die europäische Kooperation im Jugendbereich berücksichtigt werden, die im Frühjahr 2009 vorgestellt werden sollen.

<http://www.youthweek.eu/index.php?id=642>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

Die Zusammenstellung der Hauptthemen des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für das Jahr 2009 weist für den Geschäftsbereich des StMUK lediglich die Vorlage eines Grünbuchs zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität junger Menschen in Europa auf.

BILDUNG: VORSCHAU AUF DEN EU-BILDUNGSMINISTERRAT AM 21.11.2008

Die europäischen Bildungsminister werden sich im Rahmen ihrer Ratstagung am 21.11.2008 u. a. mit der Mehrsprachigkeit in Europa, den künftigen Prioritäten der EU-Kooperation im Bereich der

beruflichen Bildung (Kopenhagen-Prozess), Fragen der Schullaufbahn- und Berufsberatung in Europa, der europäischen Zusammenarbeit im schulischen Bereich sowie mit der Förderung der Mobilität der Jugendlichen in Europa befassen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMWFK

Als Schwerpunkt für das Jahr 2009 definiert die Kommission

- den Ausbau der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft,
- die Stärkung der Mobilität von jungen Leuten (im universitären und auch im gesellschaftlichen Bereich) und
- die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Innovations- und Forschungsförderung sowie zur Energieeffizienz

EUOSTAT: SPITZENTECHNOLOGIE IN BAYERN

Bayerische Regionen belegen im diesjährigen Eurostat-Jahrbuch im Bereich Technologie und Innovationen Spitzenplätze: 4,3 % der Beschäftigten Mittelfrankens sind im verarbeitenden Gewerbe des Spitzentechnologiesektors beschäftigt, 3,8 % der Beschäftigten aus der Oberpfalz, das sind die Plätze drei und fünf im europäischen Vergleich. Oberbayern belegt in der Gesamtliste – bestehend aus den Zahlen für den die Spitzentechnologie nutzenden Dienstleistungssektor und des verarbeitenden Gewerbes – mit einem Beschäftigtenanteil von 8,5 % den fünften Platz.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1073.46587259&_dad=portal&_schema=PORTAL&p_product_code=KS-HA-08-001

EUROPÄISCHE ALLIANZ FÜR ENERGIEFORSCHUNG GEGRÜNDET

Entsprechend des EU-Strategieplans für Energietechnologie wurde am 28. Oktober 2008 die Europäische Allianz für Energieforschung (EERA) gegründet. EERA soll zur umfassenden Plattform der europäischen Energieforschung ausgebaut werden und nationale und europäische Energieforschungsprogramme koordinieren.

<http://www.eera-set.eu>

CHARTA „LEBENSLANGES LERNEN“ DER EUROPÄISCHEN HOCHSCHULVEREINIGUNG

Am 25. Oktober 2008 stellte die Vereinigung der Europäischen Hochschulen ihre Charta zum Thema „Lebenslanges Lernen“ vor, in welcher vor allem die Öffnung der Hochschulen für Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung gefordert wird. Außeruniversitäre Leistungsnachweise sollen verstärkt anerkannt und Rentenbeiträge angerechnet werden. Die Charta wird Gegenstand des informellen Treffens der EU-Bildungsminister am 25. und 26. November 2008 sein.

http://www.eua.be/fileadmin/user_upload/files/Publications/European_Universities_Charter_on_Lifelong_learning.pdf

ERSTES EUROPÄISCHES DENKMALFORUM

Anlässlich des 20. Europäischen Tags des Denkmals fand am 23. Oktober zum ersten Mal das Europäische Denkmalforum statt. Ziel der Veranstaltung, die unter dem Motto „Denkmal und Dialog“ stand, war es, einen Gedankenaustausch zwischen Denkmalsexperthen über die Theorie und Praxis ihres Fachgebietes anzuregen. Zukünftig soll das Forum einmal jährlich abgehalten werden, wobei jedes Jahr ein anderes europäisches Land der Gastgeber sein wird.

http://europa.eu/pol/cult/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Klimawandel, nachhaltige Entwicklung, Gesundheit und gesundheitlicher Verbraucherschutz sind Kernelemente des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Kommission für 2009. Im Vordergrund steht dabei für den Umweltbereich vor allem ein erfolgreicher Abschluss der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen im Dezember 2009. Mit der umfassenden Initiative „A Europe close to citizens“ soll auch mit Aktionen im Bereich Gesundheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit der Schutz von Verbrauchern verbessert und somit Europa den Bürgern näher gebracht werden.

Zum Arbeitsprogramm:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2009_en.pdf

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

ZUSÄTZLICHE FINANZMITTEL ZUR EU-WEITEN BEKÄMPFUNG DER BLAUZUNGENKRANKHEIT

Die Europäische Kommission hat am 29.10.2008 angekündigt, den Mitgliedstaaten für das Jahr 2009 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von ca. 100 Mio. € zur Bekämpfung der Blauzungenkrankeheit zur Verfügung stellen zu wollen. Damit würden die für 2009 bereits eingeplanten Mittel von 62 Mio. € aufgestockt. Im Jahr 2008 hat die EU insgesamt 136 Mio. € ihrer Haushaltsmittel für die Bekämpfung der Tierseuche bereitgestellt.

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/controlmeasures/bluetongue_en.htm

EUROPÄISCHE KOMMISSION WILL VERSUCHSTIERE BESSER SCHÜTZEN

Mit ihrem am 05.11.2008 vorgelegten Richtlinienvorschlag (KOM(2008) 543/5) beabsichtigt die Kommission den Schutz von Tieren zu verstärken, die in Übereinstimmung mit dem EU-Protokoll über den Tierschutz noch immer zu wissenschaftlichen Versuchszwecken eingesetzt werden. Die Verwendung nichtmenschlicher Primaten wird eingeschränkt und die Verwendung von Menschenaffen zu Versuchszwecken wird verboten. Nur in eng begrenzten Ausnahmefällen kann ein Mitgliedstaat ermächtigt werden, solche Versuche durchzuführen.

Der Richtlinienvorschlag und eine entsprechende Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Informationen und Links sind abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/environment/chemicals/lab_animals/pdf/com_2008_543.pdf

KONSULTATION ZUR RISIKOBEWERTUNG VON MUTAGENEN UND KARZINOGENEN STOFFEN

Am 31.10.2008 eröffnete die Kommission eine Konsultation zu einem Vorbericht des Wissenschaftlichen Ausschusses für Gesundheits- und Umweltrisiken (SCHER, Scientific Committee on Health and Environmental Risks) über „Methoden und Ansätze zur Risikobewertung von mutagenen und karzinogenen Stoffen“. Die Konsultation endet am 02.12.2008.

Zur Konsultation:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=schergentox>

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2009: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH IUK- UND MEDIENPOLITIK

Der Bereich IuK- und Medienpolitik steht nicht im Mittelpunkt des nächstjährigen Arbeitsprogramms der Kommission. Unter den vorrangigen Initiativen findet sich dessen ungeachtet das Vorhaben einer Mitteilung zu einer neuen Strategie für die Forschung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Arbeitsprogramm der Kommission:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2009_en.pdf

ERSTE DISKUSSION ZUR ÄNDERUNG DER ROAMINGVERORDNUNG IM INDUSTRIEAUSSCHUSS

Der Vorschlag der Europäischen Kommission, die seit 2007 geltende Roamingverordnung über das Jahr 2010 um drei Jahre zu verlängern, stieß auf kritische Gegenstimmen im federführenden Industrieausschuss des Europäischen Parlaments. Vor allem Konservative und Liberale lehnten eine weitere Regulierung der Preise ab. Die Vorsitzende des Ausschusses, Angelika Niebler (EPP-ED), jedoch signalisierte ihre grundsätzliche Unterstützung für eine Lösung „im Interesse aller Mobilfunknutzer“, kündigte aber weiteren Diskussionsbedarf an.

Vorschlag der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0580:FIN:DE:PDF>

CEP-Analyse:

http://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/Kurz-Analysen/Auslandsroaming_II/KA_Auslandsroaming_II.pdf

CEP-Rechtsgutachten zur vorgeschlagenen EU-Verordnung:

http://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/Kurz-Analysen/Auslandsroaming_II/Rechtsgutachten_VO_Auslandsroaming_II.pdf

FORDERUNG NACH SPEZIALSTATUS FÜR KLEINERE UND MITTLERE UNTERNEHMEN (KMU) IN DER UNTERHALTUNGSBRANCHE

Die in der Film-, Buch- und Musikbranche tätigen europäischen KMUs fordern einen EU-Sonderstatus, um ihr wirtschaftliches Überleben zu sichern und um ihre Marktpositionierung zu festigen. Als Begründung führen sie an, dass 80 % der neuen Musik von unabhängigen Plattenfirmen produziert werden und, dass 85 % der Filme, die auf den Filmfestivals in Cannes,

Venedig und Berlin mit Preisen ausgezeichnet werden, aus unabhängigen Produktionen stammen.

Presseartikel:

www.lemonde.fr/culture/article/2008/10/24/aider-les-pme-culturelles_1110733_3246.html